



Wir müssen aufhören den  
Planeten zu ruinieren.  
Setzt endlich Grenzen!

## Unterstützt durch

Arbeitskreis Umwelt  
und Heimat Lünen

BUND e.V. Hamm

BUND e.V. Bergkamen, Lünen,  
Selm, Werne

DGB Kreis Hamm

Ev. Kirchengemeinde  
Horstmar-Preußen

Katholische Arbeitnehmer-  
bewegung (KAB) Bezirk  
Hellweg-Sauerland

Kath. Pfarrgemeinde  
St. Marien Lünen

Kreissynodalvorstand des  
Ev. KK Hamm

NABU e.V. Hamm

NaturFreunde e.V. Hamm

Presbyterium der Ev. KG  
Brambauer

# Wir müssen aufhören den Planeten zu ruinieren. Setzt endlich Grenzen!

Lünen/Hamm, Oktober 2018

*„Es gibt uns (die Menschen) schon seit vielen Hunderttausend Jahren, aber ich glaube, in den nächsten hundert Jahren wird die Entscheidung fallen, ob die Menschheit mit den Möglichkeiten dieses Globus zurechtkommt - oder nicht. Eigentlich reden wir in der Ökologie darüber, ob das Experiment Menschheit gelingt oder ob es misslingt.“*

*(Erhard Eppler, Zeit ONLINE 2016)*

## Politik und unsere Lebensgrundlagen

Wir sind dabei unseren Planeten zu ruinieren. Globale Erderwärmung, Anstieg des Meeresspiegels, Überfischung, Plastikmüll in den Weltmeeren, Artensterben, Abholzung der Tropenwälder, Überdüngung, Massentierhaltung, Mangel an Trinkwasser.

Wir in den Industrieländern leben seit Jahren über unsere Verhältnisse. Wir verbrauchen viel mehr Ressourcen als uns zustehen und verträglich sind, wir beuten Natur und Mitmenschen gnadenlos aus, verursachen irreparable Schäden - zu Lasten künftiger Generationen.

Die Politik in Deutschland versagt weitgehend gegen die drohende Klima- und Umweltkatastrophe. Die Regierenden, allen voran in Berlin, drücken sich davor, deutliche Signale und ein klares Bekenntnis zum Umwelt- und Klimaschutz und damit zum Erhalt unserer Lebensgrundlagen abzugeben.

Deutschland galt lange Zeit als Vorreiter beim Umweltschutz. Das ist vorbei. Immer häufiger schreitet die EU ein, weil Deutschland umweltpolitische Ziele verfehlt und Grenzwerte missachtet:

- **Grundwasser:** Deutschland verstößt gegen EU-Recht (EuGH-Urteil). Das Grundwasser ist zu stark mit Nitrat belastet.
- **Feinstäube, Stickstoffdioxid:** Die Kommission hat Deutschland vor dem EuGH verklagt, weil die Bundesregierung das Problem mit der schlechten Luft nicht in den Griff bekommt. In 65 deutschen Städten werden die Grenzwerte für Stickstoffdioxid deutlich überschritten. Deutschland drohen hohe Zwangsgelder.
- **Infrastruktur:** Die Kommission rügt, dass Deutschland die europäische Richtlinie zum Aufbau von Elektro-, Gas- und Wasserstofftankstellen rechtlich nur unzureichend umgesetzt hat. Die EU-Vorschrift soll die Infrastruktur für Fahrzeuge mit alternativen Kraftstoffen verbessern.
- **Massentierhaltung:** Der Grenzwert für Ammoniak wird überschritten. Das Gas gelangt vor allem durch die Landwirtschaft aus Ställen und aus ausgebrachter Gülle in die Umwelt.
- **Verpackungsmüll:** In Deutschland wird inzwischen der meiste Verpackungsmüll in ganz Europa produziert. Auf Druck aus Brüssel soll nun ein Umdenken beginnen.
- **Elektroschrott:** Ein Großteil der Altgeräte wird illegal entsorgt oder ins Ausland gebracht. Deutschland verfehlt EU-Mindestvorgaben. EU-Ziel für 2019 (65 % Elektroschrott müssen eingesammelt werden) droht deutlich verfehlt zu werden.

Die Politik in Deutschland hat Naturzerstörung und Ressourcenverschwendung weitgehend zum Standard gemacht. Dazu einige Beispiele: exzessive Förderung des Straßenbaus und der Flughäfen, Zersiedlung der Landschaften, Dienstwagenprivileg, geringe oder keine Mautgebühren, keine Besteuerung des Kerosins etc. Versäumnisse und Herausforderungen an die Politik werden sehr deutlich in den für unsere Zukunftsfähigkeit entscheidenden Feldern der Klima-, Verkehrs-, Agrar- und Handelspolitik.

## Politik für eine Welt, in der wir leben wollen

### 1) Klimaschutz und Energiewende

Auf internationaler Ebene präsentiert sich die Bundesregierung als Vorkämpferin gegen die Erderwärmung. In Deutschland jedoch blieben die Treibhausgasreduktionen jahrelang unverändert und die Klimaziele werden verfehlt. Das Klimaziel Deutschlands, bis 2050 weitgehend treibhausneutral zu sein, ist in weiter Ferne. Einen konkreten, detaillierten Plan, wie es erreicht werden kann, bleibt die Bundesregierung bis heute schuldig.

#### Unsere Forderungen:

- Erderwärmung deutlich unter zwei Grad anstreben
- Klimaschutzziele für 2020 einhalten
- Klimaschutzziele für alle Sektoren, auch Verkehr und Landwirtschaft vereinbaren
- Einsatz fossiler Brennstoffe bis 2040 beenden; endgültiger Ausstieg aus der Kohleverstromung jetzt festlegen
- ausreichend hohe (Mindestpreise) und langfristig angelegte CO<sub>2</sub> Abgabe auf fossile Energieträger
- Finanzhilfen für Klimaschutz zur Unterstützung ärmerer Länder auf 8 Mrd. Euro aufstocken

### 2) Verkehrswende

Der Verkehrssektor ist der einzige Sektor, in dem die Treibhausgasreduktionen im Vergleich zu 1990 nicht zurückgegangen, sondern sogar noch gestiegen sind.

#### Unsere Forderungen:

Bis 2035 eine CO<sub>2</sub>-freie Mobilität anstreben durch

- Festlegung eines Enddatums für Autos mit Verbrennungsmotoren
- Ausbau umweltfreundlicher Verkehrsmittel (Fahrrad, Bus, Bahn) (vgl. ausführlich Studie des Wuppertal Institut: Verkehrswende für Deutschland: Der Weg zur CO<sub>2</sub>-freien Mobilität bis 2035, Hamburg 2017)

### 3) Agrarwende

EU-Agrarprodukte zu Dumpingpreisen überfluten die Märkte Afrikas, Asiens und Lateinamerikas und zerstören so die Lebensgrundlage von Millionen Menschen. Unser Überschuss wird zudem auf Kosten der Ressourcen und der Fläche in den Ländern des globalen Südens produziert, die den Menschen dort für den Anbau ihrer Lebensmittel fehlen.

#### Unsere Forderungen:

- Abkehr von der exportorientierten, industrialisierten Landwirtschaft
- Umbau zu einer ökologischen und tiergerechten Landwirtschaft, die den Bäuerinnen und Bauern hier und in den sich entwickelnden Ländern faire Arbeits- und Lebensbedingungen ermöglicht

#### 4) Faire Handelspolitik

Auf Druck der EU und unterstützt durch die Bundesregierung sind die afrikanischen Länder nach wie vor gezwungen, ihre Märkte zu öffnen und auf Zölle zu verzichten. Die EU-Billigimporte zerstören die kleinbäuerlichen Strukturen und behindern den Aufbau der Weiterverarbeitung. Der Handel vor allem mit dem afrikanischen Kontinent muss auf eine faire Basis gestellt werden.

##### Unsere Forderungen:

- Verzicht auf Handelsverträge, die eine Marktöffnung erzwingen
- Zulassen von Schutzmechanismen (z.B. Zölle) gegen EU-Billigimporte
- Unterstützung beim Aufbau einer afrikanischen Freihandelszone. Finanzielle Mittel für die Unterstützung von Landwirtschaft, Fischerei und Kleinindustrie wirken effektiver und nachhaltiger als Milliarden an die Regierungen Afrikas für die Grenzsicherung zu zahlen

Im „Generationen Manifest“ ([www.generationenmanifest.de](http://www.generationenmanifest.de)) werden weitere Forderungen an die Bundesregierung gestellt, um den Bedürfnissen kommender Generationen Rechnung zu tragen.

#### Weiter so in der Politik ist keine Option

Gegen jede Vernunft setzen sich ökonomische Interessen allzu häufig gegen den Umweltschutz durch. Damit gefährden wir den Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Viele Menschen sind sich der verheerenden Folgen dieses Verhaltens bewusst, fühlen sich aber ohnmächtig. Sie wissen nicht wie sie effektiv handeln können, um es anders und besser zu machen. Was die Gesellschaft braucht sind verbindliche Regeln, um dem zerstörerischen Konsumverhalten Grenzen zu setzen.

Erforderlich ist ein radikales Umdenken in der Politik. Die Politik muss Ressourcenverbrauch und Umweltbelastungen begrenzen und Reduktionsziele vorgeben, die dann zu Fixpunkten für Wirtschaft und Gesellschaft werden müssen. Dabei darf nicht das Wachstum der alles bestimmende Faktor sein, sondern der Schutz von Klima und Umwelt. Wir benötigen ein Wirtschaftssystem, das die planetarischen Grenzen respektiert und auch ohne Wachstum gut funktioniert. Zentrales Leitbild der Bundesregierung für eine nachhaltige Entwicklung müssen dabei die Entwicklungsziele der „Agenda 2030“ sein; dabei ist sicherzustellen, dass Wirtschafts-, Agrar-, Handels-, Umwelt- und Entwicklungspolitik aufeinander abgestimmt werden. Der Erfolg einer nachhaltigen Entwicklung hängt entscheidend von der Unterstützung der Kommunen ab.

Viel Zeit für eine Wende bleibt nicht. „Wir steuern im Irrsinnstempo auf eine unbeherrschbare globale Situation zu“, warnte der bekannte deutsche Klimaforscher Prof. Hans Joachim Schellnhuber. **„Wenn wir nicht radikal umsteuern, fahren wir die Zivilisation an die Wand“.**

Oder um mit Erhard Eppler zu sprechen: **Viel Zeit bleibt nicht, um zu verhindern, dass „das Experiment Menschheit misslingt“.**



FUGe e.V.  
Widumstraße 14  
59065 Hamm  
Tel. 02381-41511  
fuge@fuge-hamm.de  
www.fuge-hamm.org



c/o Dr. Ulrich Weber  
Parkstraße 5  
44532 Lünen  
Tel.: 02306-370477  
info@liga-luenen.de  
www.liga-luenen.de

## Unterstützt durch

Arbeitskreis Umwelt  
und Heimat Lünen

BUND e.V. Hamm

BUND e.V. Bergkamen, Lünen,  
Selm, Werne

DGB Kreis Hamm

Ev. Kirchengemeinde  
Horstmar-Preußen

Katholische Arbeitnehmer-  
bewegung (KAB) Bezirk  
Hellweg-Sauerland

Kath. Pfarrgemeinde  
St. Marien Lünen

Kreissynodalvorstand des  
Ev. KK Hamm

NABU e.V. Hamm

NaturFreunde e.V. Hamm

Presbyterium der Ev. KG  
Brambauer

## Presseerklärung

Hamm, Lünen, den 06.11.2018

### **Wir müssen aufhören den Planeten zu ruinieren. Setzt endlich Grenzen!**

„Wir müssen aufhören den Planeten zu ruinieren. Setzt endlich Grenzen!“

das fordern die beiden Netzwerke von regionalen Gruppen aus Lünen und Hamm, die Lüner Initiative gegen globale Armut/LIGA sowie das Forum für Umwelt und gerechte Entwicklung/FUGE.

Unterstützt werden sie dabei von kirchlichen Organisationen, Gewerkschaften sowie Natur- und Umweltschutzverbänden.

Wir sind dabei unseren Planeten zu ruinieren. Alle wissen, was uns droht: Extremwetter, steigender Meeresspiegel, Verlust an Artenvielfalt, Hunger und Not, Plastikmüll in den Weltmeeren, Mangel an Trinkwasser - letztendlich der Verlust unserer Lebensgrundlagen.

Angesichts dieser Herausforderungen halten wir die Umwelt- und Klimapolitik der Bundesregierung in den vergangenen Jahren für mutlos und verantwortungslos:

- Deutschland hinkt bei den Klimazielen weit hinterher.
- Naturzerstörung und Ressourcenverbrauch sind in Deutschland weitgehend zum Standard in der Politik geworden.
- Immer häufiger muss die EU einschreiten, weil Deutschland umweltpolitische Ziele verfehlt und Grenzwerte überschreitet.
- Im Dieselskandal hat sich die Bundesregierung immer wieder gegen die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger und gegen die Umwelt entschieden.

So verbrauchen wir zu viele Ressourcen, heizen das Klima an und zerstören kontinuierlich Ökosysteme.

Diese Politik ist gegen jede Vernunft, gegen gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse, die Bedürfnisse kommender Generationen und wird auf Kosten ärmerer Länder gemacht.

Die Menschen fühlen sich in ihren Anstrengungen, mit Ressourcen und Natur verantwortungsvoll umzugehen, von der Politik im Stich gelassen.

Was die Gesellschaft braucht, sind verbindliche Regeln, um dem zerstörerischen Konsumverhalten Grenzen zu setzen und den Erhalt unserer Lebensgrundlagen zu sichern. Dabei soll nicht Wachstum der alles bestimmende Faktor sein, sondern der Schutz von Klima und Umwelt.

Wir erwarten eine deutlich ambitioniertere Klimapolitik, eine radikale Wende in der Verkehrs- und Agrarpolitik sowie gegenüber den Ländern des Südens eine faire und gerechte Handelspolitik.

Viel Zeit für eine Wende bleibt nicht. „Die Menschheit steuert im Irrsinnstempo gerade auf die Katastrophe zu.“ Und weiter stellt der bekannte deutsche Klimaforscher Prof. Joachim Schellnhuber fest „Wenn wir nicht radikal umsteuern, fahren wir die Zivilisation an die Wand.“